

Dr. Antonín Dick, Berlin

An die  
Redaktion  
LabourNet Germany

Berlin, den 14. Juli 2005

Ergänzender offener Brief an Rainer Göckler, Mitarbeiter des Zentralbereichs S / S21 der Bundesagentur für Arbeit, zur Fallmanagement-Debatte bei LabourNet Germany

Sehr geehrter Herr Göckler,

Ihrem Appell vom 01. 07. 2005, die Fallmanagement-Debatte, die gegenwärtig bei LabourNet und in anderen Medien so äußerst engagiert und auf einem hohen theoretischen Niveau geführt wird, im Interesse eines echten Erkenntnisgewinns konsequent weiterzuführen 1), kann ich nur zustimmen.

Es geht, wie Sie in diesem Diskussionsbeitrag völlig richtig feststellen, um die Frage des Zusammendenkens von ökonomischem und sozialem Geschehen innerhalb einer Gesellschaft. Gleichwohl unterscheiden wir beide uns prinzipiell in der Art und Weise, diesen Zusammenhang zu denken. Gestatten Sie mir bitte daher, meine Auffassung hierzu nochmals zusammenhängend zu entwickeln, um Eindeutigkeit in der Darstellung der Position zu erzielen, die allen teilnehmenden Diskutanten zugänglich ist und dadurch den ungehinderten Fortgang der Debatte ermöglicht.

Die Differenz zwischen Ihrem Text „Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement im SGB II“ und meinem Text „Zur Sprache der vollständigen Okkupation des Individuums. Die Bundesagentur für Arbeit und die Produktion ‚marktfähiger‘ Individuen“, beide kürzlich bei LabourNet erschienen 2), betrifft die Prämissen zweier unterschiedlicher Denkmodelle. Beide gehen wir vom Begriff der Arbeit aus, doch während Sie vornehmlich die produktive Arbeit im Blick haben, geht es mir um das Zusammendenken von produktiver und unproduktiver Arbeit, in meinem ersten offenen Brief an Sie gefasst unter dem Begriff der „komplex angelegten menschlichen Lebenstätigkeit“. 3) Marx umriss in seinen „Theorien zum Mehrwert“ mit einem plastischen Beispiel den Unterschied wie folgt: „Dieselbe Sorte Arbeit kann produktiv oder unproduktiv sein. Z.B. Milton, who did the ‚Paradise Lost‘ for 5 l. war ein unproduktiver Arbeiter. Der Schriftsteller dagegen, der Fabrikarbeit für seinen Buchhändler liefert, ist ein produktiver Arbeiter. Milton produzierte das ‚Paradise Lost‘ aus demselben Grund, aus dem ein Seidenwurm Seide produziert. Es war eine Betätigung seiner Natur. Er verkaufte später das Produkt für 5 l. . Aber der Leipziger Literaturproletarier, der unter der Direktion seines Leipziger Buchhändlers Bücher (z.B. Kompendien der Ökonomie) fabriziert, ist ein produktiver Arbeiter; denn sein Produkt ist von vornherein unter das Kapital subsumiert und findet nur zu dessen Verwertung statt.“ 4)

Später trifft Marx diese grundlegende Unterscheidung der ökonomischen Wissenschaften noch einmal unter dem Aspekt der Betrachtung der Quellen von Gebrauchswerten für das Individuum. Als die gerade gegründete Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Jahre 1875, drei Jahre vor der von Bismarck eingeleiteten Jagd von Polizei und Geheimpolizei auf alles, was linker Ungehorsam im obrigkeitstaatlichen Reich der gerade vereinigten Deutschen war, ihr Parteiprogramm ausgearbeitet hatte, wollte sie sichergehen und schickte ihren Programmentwurf an den in London ansässigen Marx zur Durchsicht, den übrigens Jahre zuvor ein anderes Ansinnen aus Berlin erteilte, nämlich das Angebot Bismarcks, die Ausbürgerung des Exilanten und Doktors der Philosophie Karl Heinrich Marx zurückzunehmen und ihm den einträglichen Ministersessel eines Finanzministers anzubieten. Marx schrieb im Londoner Exil auf Bitten der Führung der deutschen Sozialdemokratie seine berühmte „Kritik des Gothaer Programms.“ Und da heißt es unter Paragraph 1: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur.“ 5) Darauf Marx: „Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebenso sehr Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. Jene Phrase findet sich in allen Kinderfibeln und ist insofern richtig, als unterstellt wird, dass die Arbeit mit den dazugehörigen Gegenständen und Mitteln vorgeht. Ein sozialistisches Programm darf aber solchen bürgerlichen Redensarten nicht erlauben, die Bedingungen zu verschweigen, die ihnen allein einen Sinn geben. Und soweit der Mensch sich von vornherein zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und –gegenstände, als Eigentümer verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum. Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit übernatürliche Schöpfungskraft anzudichten; denn gerade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, dass der Mensch, der kein andres Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der andern Menschen sein muss, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Bedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben.“ 6)

Natürlich darf und kann Ihnen kein Wissenschaftler ernsthaft das Recht absprechen, die Arbeit nur unter dem Aspekt der produktiven Arbeit zu betrachten. Der Streitpunkt wird jedoch an der Stelle offenbar, an der Sie beginnen, den Übergang von der unproduktiven zur produktiven Arbeit zu beschreiben, genauer gesagt dort, wo Sie diesen Übergang nicht ohne Sanktionen gegenüber den Arbeitslosen realisiert sehen wollen. Zusätzlich basiert Ihr gesamtes Konzept „Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement im SGB II“ eingeständenermaßen auf dem Anspruch, arbeitslos gewordene Menschen bei Strafe der Kürzung bzw. des Entzugs von Arbeitslosenunterstützung dazu zu zwingen, detailliert Auskunft über den Gesundheitszustand, über die Wohnsituation, über die familiäre Situation, über Partnerschaften, Freundschaften und Nachbarschaften, über die Mitgliedschaft in politischen Parteien, Massenorganisationen und Vereinen sowie über die finanzielle Lage zu geben. Radikalarchitekten, die an eine Radikalisierung eines alten Bauwerkes herangehen, nennen einen solchen Vorgang „Entkernung“. Aber Menschen sind keine Gebäude. Mit diesem Generalanspruch, gesichert durch eine vor dem Individuum sich drohend erhebende „Sanktionsmacht der Fallmanagerin“ 7), über die gesamte innere Struktur der Persönlichkeit eines arbeitslosen Menschen Bescheid zu wissen, um auf ihn Einfluss nehmen zu können, beschädigen Sie dessen Persönlichkeit. Sie mögen einwenden, dass bei dieser Operation die Persönlichkeit des arbeitslosen Menschen nur gemessen, nicht angetastet wird. Wir wissen aber spätestens seit der Quantenmechanik, dass Messung bereits das zu Messende verändert, beeinflusst, angreift, zerstört. Um wieviel mehr gilt dies für das menschliche Individuum. Es ist unzweifelhaft: das Individuum ist genau dadurch Individuum, dass es sich jedweder

verobjektivierenden Messung mit Vehemenz zu entziehen trachtet. Zwangsmessung ist immer ein zerstörerischer Eingriff, auch wenn dieser, wie Ihr Text über das Fallmanagement suggeriert, psychotherapeutisch abgefedert werden soll. Leben ist Geheimnis. In einem klassischen japanischen Gedicht wird dieser Auffassung auf unnachahmliche Weise gehuldigt, denn das besungene Individuum ist hier ein Tautropfen:

„Will man ihn  
nehmen, fällt er ab –  
schwer lastet  
auf den Zweigen des herbstlichen Hagi-Strauchs  
der weiße Tau.“ 8)

Die entscheidende psychologische Dimension, um die es bei der Fallmanagement-Debatte geht, ist das, was in der angelsächsischen Denktradition die integrity des Individuums 9) und in der französischen die intimité des Individuums 10) genannt wird. In der soziologischen Diskussion deutscher Sprache nennen wir dieses natürliche Schutzbedürfnis die Selbstachtung des Individuums, und wer sie antastet oder verletzt, begeht gegenüber dem Individuum etwas Irreversibles. Es ist daher eine Illusion zu glauben, dass das arbeitslose Individuum, das nach dem erzwungenen Tauschakt 'Verzicht auf Selbstachtung gegen Erwerb eines Arbeitsplatzes' den staatlichen Arbeitsmarktapparat verlässt, irgendeine dauerhafte Zufriedenheit oder gar Glückseligkeit erlangen würde, vielleicht noch eine, die am Ende dem gesellschaftlich organisierten Produktionsprozess in irgendeiner Weise zugute käme. Das fallgemanagte Individuum würde sich von der Zwangsmessung nie wieder erholen, auch wenn die Beschädigung der Persönlichkeit von dem Individuum zunächst erfolgreich verdrängt werden und in den Untiefen des Unterbewussten versickern könnte. Was wäre also gewonnen in der großen Bilanz des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, wenn ausschließlich ökonomische Anreize zum Erhalt des komplexen Geschehens einer Volkswirtschaft zum Zuge kämen? Steigerung der Arbeitsproduktivität auf dem Rücken gedemütigter und „entkernter“ Individuen? Und das in einer High-Tech-Volkswirtschaft, in welcher der Fortschritt immer mehr vom Grad der Reife und der Entwicklung der Persönlichkeit der arbeitenden Individuen abhängt? „In die Analyse der Anreize, die menschliches Handeln beeinflussen“, fasste der Theologe Ingolf Hübner die Ergebnisse einer Tagung des Theologischen Ausschusses der Diakonischen Konferenz zum Thema 'Homo oeconomicus und Menschenbild der Diakonie' am 7. und 8. Mai 2004 in Frankfurt/Main zusammen, „müssten alle Momente (bis hin zum Erhalt der Selbstachtung) einbezogen werden.“ 11)

In Ihrem erläuternden Diskussionsbeitrag zu Ihrem Text „Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement im SGB II“ stellen Sie noch einmal klar, dass die Hauptaufgabe des sogenannten Fallmanagements darin besteht, beschäftigungslose Menschen „zurück in das Beschäftigungssystem“ 12) zu bringen. Offen gesagt, bei dieser von Ihnen aufgestellten Devise zucke ich zusammen. Es drängen sich mir erhebliche Zweifel bezüglich dieser vereinseitigenden Devise auf, gespeist aus dem Studium der Ergebnisse der europäischen und internationalen Diskussion, die gegenwärtig zur Problematik der Entwicklung der Produktivkräfte, des Arbeitsmarktes und des gesamten Sektors der unproduktiven Arbeit in der Bundesrepublik und in der europäischen Gemeinschaft geführt wird.

Darf ich Ihnen meine diesbezüglichen Fragen und Zweifel freimütig mitteilen?

Wie Sie sicherlich internationalen Statistiken bereits entnommen haben, schwindet auf Grund der wissenschaftlich-technischen Revolution der Anteil an lebendiger menschlicher Arbeit im Produktionsprozess. In einem quasi-naturwüchsigen Prozess werden tagtäglich Arbeitsplätze

vernichtet. Gab es in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2000 noch 1.451.000 offene Stellen auf dem Arbeitsmarkt, so waren es im Jahre 2004 nur noch 729.000 Stellen 13) . Diese weltweit stattfindende Revolutionierung der Produktivkräfte hatte Marx vor einhundertfünfzig Jahren antizipiert: „Es ist nicht mehr der Arbeiter, der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschiebt; sondern den Naturprozess, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozess, statt sein Hauptagent zu sein (...) Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muss aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert das Maß des Gebrauchswerts. Die Surplusarbeit der Masse hat aufgehört Bedingung für die Entwicklung des allgemeinen Reichtums zu sein, ebenso wie die Nichtarbeit der Wenigen für die Entwicklung der allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes. Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen, und der unmittelbare Produktionsprozess erhält selbst die Form der Notdürftigkeit und Gegensätzlichkeit abgestreift. Die freie Entwicklung der Individualitäten und daher nicht das Reduzieren der notwendigen Arbeitszeit um Surplusarbeit zu setzen, sondern überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordene Zeit und geschaffnen Mittel entspricht. Das Kapital selbst ist der prozessierende Widerspruch dadurch, dass es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren stört, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt.“ 14)

Ausgehend von dieser antizipierenden Beschreibung eines globalen ökonomischen Prozesses, der heute mit atemberaubendem Tempo stattfindet und uns alle mehr oder weniger stark erfasst, könnte man unsere Epoche charakterisieren als Epoche eben dieses prozessierenden Widerspruchs des Kapitals.

Massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften findet statt. Subsumiert man sie aber nur unter dem Terminus Massenarbeitslosigkeit, erhält man sozusagen nur das Negativbild dieses Prozesses. Diesem Freisetzungsprozess wohnt ja eigentlich ein Positiv inne, nämlich das, was Marx die unproduktive Arbeit nannte, die Ausbildung und Tätigkeit der Individuen in der für sie freigewordene Zeit. Wissenschaftliches Ingenium, künstlerische Produktion, leidenschaftliche Teilnahme an der Entfaltung der politischen Lebensfähigkeit eines Dorfes, einer Stadt, einer Region oder eines Landes, Übernahme von Verantwortung innerhalb der Familie, tätige Sorge um das Überleben der Schwachen und Kranken einer Gesellschaft, Engagement für den Schutz von Natur und Klima auf unserem Planeten – all diese Gefühle, Bedürfnisse, Bestrebungen und Tätigkeiten können im strengen Sinne des Wortes eigentlich nicht als „Leistung“ bezahlt werden. Von Mutter Theresa ist folgende kleine Geschichte überliefert, die diese unauflösbare Spannung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit, eindrucksvoll illustriert: „Zu ihr kam einmal ein amerikanischer Journalist. Sie hat sich durch ihn nicht in ihrer Arbeit, einem Aussätzigen die Wunde zu reinigen, unterbrechen lassen. Der Journalist schaute ihr zu und ihn überkam ein gewisser Ekel. Er sagte ganz offen zu ihr: ‚Ich würde das für eine Million Dollar nicht machen‘, worauf Mutter Theresa erwiderte: ‚Ich auch nicht.‘“ 15) Worauf ich hinauswill: existentielle Arbeit, komplex angelegte menschliche Lebenstätigkeit, und dazu zählen weite Bereiche des unproduktiven Sektors, der sich plötzlich auftut, weil Menschen eben auf Grund des prozessierenden Widerspruchs des Kapitals freigesetzt werden, kann nicht „entlohnt“, wohl aber materiell gesichert werden, und zwar ausreichend, weil die wertschöpfende Arbeit eben auf Grund dieses prozessierenden Widerspruchs des Kapitals genügend Mittel bereitstellt, um freigesetzten Menschen, die solche und andere wertvolle unproduktive Arbeit leisten, ein Leben in finanzieller Sicherheit und individueller Wohlfahrt zu ermöglichen. Die Bewältigung der vielen ungelösten

Aufgaben, und die bewundernswerte tätige Nächstenliebe einer Mutter Theresa ist ein Beispiel davon, kann nicht mehr vom Sektor der produktiven Arbeit, also mittels Lohnarbeit, realisiert werden. Deshalb fordert der international renommierte Wissenschaftler Claus Offe in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“, mit der „Idee einer Erweiterung des Arbeitsbegriffs ernst zu machen. Das Universum nützlicher Tätigkeiten von Bürgern wäre dann über die Grenzen der Erwerbsarbeit hinaus auf familiäre, ehrenamtliche, pflegerische, künstlerischen Tätigkeiten sowie alle Arbeiten von Qualifikationsarbeiten auszudehnen.“<sup>16)</sup> Und der ATTAC-Aktivist Johannes Beisiegel unterbreitet dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit einen konkreten Vorschlag zu dieser notwendig gewordenen Erweiterung des Arbeitsbegriffes: „Mittel- und langfristig müsste es zum Ausbau der vorgeschlagenen Zehn-Euro / 30-Stunden-Projekte für ein nachhaltiges Arbeits- und Integrationsprogramm kommen, mit dem die Mängel im kommunalen Bereich, im Natur- und Landschaftsschutz, in der Betreuung und Pflege von Kindern und Senioren sowie im Bildungsbereich beseitigt werden. Es gibt hier so viele ungelöste Aufgaben, dass über lange Zeit viele Menschen gebraucht werden. Zentral ist dabei natürlich eine Bezahlung, die eine menschenwürdige Existenz und die Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben ermöglicht.“<sup>17)</sup>

Zu den vielen ungelösten Aufgaben speziell der deutschen Gesellschaft gehört die Aufarbeitung der Wirkungen und Nachwirkungen des Dritten Reiches. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat im Jahre 2001 dazu ein Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“<sup>18)</sup> ausgearbeitet und beschlossen. Es wäre eigentlich Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit, ideenreich und tatkräftig an der Umsetzung dieses bedeutsamen, für die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik unverzichtbaren Aktionsprogramms mitzuwirken. Die Realität sieht oft anders aus, wie ein arbeitsloser Autor und Theaterregisseur im Berliner „Tagesspiegel“ zu berichten weiß: „Als proletarisierter Künstler habe ich fünf Jahre lang, von 2000 bis 2004, bei der Bundesagentur für Arbeit um die Anerkennung eines Workshops für Jugendliche mit dem Thema 'Exil und Emigration aus Nazideutschland' als ABM-Projekt kämpfen müssen. Umsonst – die vom Staat großzügig bereitgestellten ABM-Gelder flossen zu einem Drittel in Projekte, deren gesellschaftlicher Wert – wie der Bundesrechnungshof jüngst nachwies – gegen null ging.“<sup>19)</sup> Dabei war der gesellschaftliche Gebrauchswert dieses Workshops allgemein anerkannt.<sup>20)</sup> Aber die Bundesagentur für Arbeit negierte nicht nur selbstherrlich dieses interessante Bildungsangebot, dem arbeitslosen Anbieter wurde darüber hinaus der entschiedene Kampf angesagt: Gesprächsverweigerung, Verpflichtung zur Zwangsarbeit in Form einer ABM-Maßnahme auf einem berufsfremden Arbeitsgebiet, Diffamierung, kompletter Entzug der Arbeitslosenunterstützung.<sup>21)</sup> Dabei würden solche und ähnliche Bildungsinitiativen dringend gebraucht, wie der kürzlich vom Bundesinnenminister vorgelegte Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2004 zur Problematik von Rechtsextremismus und Neonazismus leider beweist: „Das neonazistische Personenpotential ist auf rund 3.800 (2003: 3.000) angewachsen (...) Damit stieg die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten um 17,7 %, die der Gewalttaten um 2,2 %.“<sup>22)</sup>

Fassen wir zusammen: das einseitige Festhalten der Arbeitsbrigaden von Fallmanagern der Bundesagentur für Arbeit an der Devise „Zurück ins Beschäftigungssystem!“ will eben nur die konservative Seite dieses von Marx entdeckten prozessierenden Widerspruchs des Kapitals bedienen: die Wertschöpfungsseite. Aber wir haben gesehen, dass diese Einseitigkeit sowohl ethisch als auch verfassungsrechtlich oft kaum noch vertretbar ist. Im Kern unserer Debatte geht es um die Verteidigung und Weiterentwicklung des humanistischen Menschenbildes, das uns inspirieren und leiten soll.

Aber die Beantwortung dieser Frage ist selbstredend nicht allein aus der Parteinahme für unsere Wertvorstellungen heraus zu entwickeln. Also noch einmal und jetzt noch detaillierter gefragt: Ist diese Einseitigkeit, die wir, wie wir gesehen haben, ethisch nicht mehr vertreten können, überhaupt noch ökonomisch vertretbar? Und wenn nein, was wäre dann zu tun?

Gesetzt den Fall, es würde mittels Fallmanagement und anderer Verfahren Ihnen und Ihren Mitarbeitern der Bundesagentur für Arbeit gelingen, Tausende, Zehntausende, ja Hunderttausende von beschäftigungslosen Menschen wieder „marktfähig“ zu machen – wäre denn überhaupt ein Markt vorhanden, um diese „marktfähig“ gemachten Menschen wieder aufzunehmen? Nach Einschätzung des amerikanischen Ökonomen Jeremy Rifkin, der als führender Wirtschaftsberater der US-Administration und vieler anderer Regierungen tätig ist, lautet die Antwort unmissverständlich nein: „Wir vollziehen gerade einen Wandel hin zu einem Markt, der zum allergrößten Teil ohne menschliche Arbeitskraft funktioniert. Bis 2010 werden nur noch zwölf Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Fabriken gebraucht. Bis 2020 werden es weltweit nur noch zwei Prozent sein.“ 23) In einem Interview, das er kürzlich der „Stuttgarter Zeitung“ gewährte und dem auch obiges Zitat entnommen wurde, führt er erläuternd dazu aus: „Wir sind mitten in einer Umwälzung, die die industrielle Revolution noch übertrifft. Durch die ersten Mechanisierungsschübe verloren Millionen Menschen ihre Jobs und wanderten vom Land in die Städte, um dort mit den Maschinen zusammen zu arbeiten. Aber die Computer und Informationstechnik von heute machen immer mehr Menschen ganz überflüssig. Selbst die billigste menschliche Arbeitskraft ist teurer als die Maschine.“ 24) Und direkt in die gegenwärtig in der Bundesrepublik geführte Debatte über den Arbeitsmarkt eingreifend, dekuviert er die mit dem Brustton der Überzeugung vorgetragene pseudowissenschaftlichen Argumentationen als Luftschlösser. „Wir müssen die Leute nur richtig ausbilden oder weiterbilden und schon ist das Beschäftigungsproblem gelöst“, parodiert er die deutschen Politiker. „Nehmen wir mal an, man könnte tatsächlich alle fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland so fortbilden, wie sich die Politiker das vorstellen. Was wäre denn dann? Es gäbe immer noch nicht genügend Jobs. Die Zeiten der Massennarbeit sind vorbei. Wie werden nie wieder Tausende von Leuten sehen, die aus den Fabriktoren strömen. In Zukunft wird Arbeit etwas für Eliten sein.“ 25)

Was ist zu tun?

Zunächst die Realität anerkennen: es wird nie wieder Vollbeschäftigung geben. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit ist, jedenfalls solange er ausschließlich vom Standpunkt der konservativen Seite des prozessierenden Widerspruchs des Kapitals, d. h. vom Standpunkt der Wertschöpfung, geführt wird, ein Kampf gegen Windmühlen. Der bekannte Politikwissenschaftler und tagtäglich mit den existentiellen Fragen von Jugendarbeitslosigkeit und Erwachsenenbildung befasste Gewerkschaftsfunktionär Volker Koehnen fordert in der „Frankfurter Rundschau“: „Es ist hohe Zeit dafür, sich der Realität zu stellen und damit anzufangen, Ideen für ein nachindustrielles politisches System jenseits der Erwerbsarbeitszentrierung und der Vollbeschäftigung zu entwickeln. Das Neue entsteht nicht dadurch, dass wir versuchen, das Alte zu reparieren.“ 26)

Sich der Realität zu stellen, heißt natürlich auf keinen Fall, die Realität nach irgendwelchen Patentrezepten oder gar nach sogenannten in sich geschlossenen Reformkonzeptionen ummodellieren zu wollen. Man muss mit der neu entstandenen Situation kreativ umgehen lernen, man muss vorurteilsfrei praktische Erfahrungen sammeln, man muss Ideen entwickeln, experimentieren, die vielfältigen Übergänge zwischen dem Sektor der produktiven und dem der unproduktiven Arbeit und vice versa sorgfältig studieren, keine neuen Mauern zwischen diesen beiden Sektoren errichten, die Übergänge fließen lassen, die alten Dogmen der

Arbeitsplatzexistenz hinter sich lassen, grundsätzlich wieder lernen, Fragen zu stellen, ohne immer gleich eine Antwort parat zu haben.

In Schweden, Dänemark und Finnland beispielsweise reagiert man auf die rückläufige Vollbeschäftigung ganz pragmatisch und völlig unideologisch: mit wiederkehrenden Wechseln von Arbeits- und Freizeiten, mit gesetzlich garantierten längeren Urlaubzeiten, die der Weiterbildung und der Familie gewidmet sind, mit sogenannten Sabbaticals und vielen anderen neuartigen Arbeitsmarktinstrumenten, die sowohl unter Berücksichtigung der ökonomischen Erfordernisse als auch im Interesse der Entwicklung der Fähigkeiten und Bedürfnisse der Individuen entwickelt worden sind. In Holland arbeiten heute bereits 12,6 Prozent aller Arbeitsplatzbesitzer im Sektor der unproduktiven Arbeit, dagegen sind es in der Bundesrepublik nur 4,9 Prozent. In den französischen Großstädten entwickelt sich vielerorts eine bemerkenswerte Tendenz des solidarischen Zusammenwirkens von Arbeitslosen und kritischen Mitarbeitern von Arbeitsämtern: eine Diskursplattform für brainstorminggestützte Meetings und bemerkenswerte Verbesserungsvorschläge in Richtung Tätigkeit der Arbeitsämter. Schweizer Ökonomen, namentlich die vom Institut für Wirtschaftsethik in Sankt Gallen, das von Prof. Dr. Peter Ulrich geleitet wird, fordern für ganz Europa eine Sozialcharta, zu deren ersten Artikeln die Maßnahme gehört, ein für alle Bürger der Europäischen Union verbindliches Existenzgeld, das sie freimacht von ökonomischer Not, einzuführen. In einem zweiten Essay, den Volker Koehnen in der „Frankfurter Rundschau“ unter dem programmatischen Titel „Ende des Arbeitszwangs“ kürzlich veröffentlicht hat, fordert er die Einführung eines solchen Existenzgeldes oder Grundeinkommens: „Jeder Staatsbürger bekommt vom Staat einen monatlichen Betrag zur Verfügung gestellt, mit dem er seine Existenz langfristig sichern kann. Das ‚Neue‘ daran im Unterschied zum erwerbsförmigen Einkommen ist, dass dieser Betrag jedem zusteht, ob er arbeitet oder nicht. Das Grundeinkommen ist nicht gekoppelt an eine Gegenleistung, die zu erbringen wäre. Es wird gezahlt, einfach nur aufgrund der Tatsache, dass ein Menschen hier lebt und Teil der Gesellschaft ist.“ 27) Und auf die immer wieder gestellte Frage nach der Finanzierung eines solchen Grundeinkommens antwortet Volker Koehnen differenziert und wegweisend: „Eine Gesellschaft, die derart auf Kreativität und Selbstentfaltung setzte, würde aufblühen. Der Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Arbeit im sozialen oder ökologischen Bereich ist riesengroß, genau so wie der Bedarf sie auszufüllen, sofern die Grundexistenzbedürfnisse des Lebens gesichert sind. Die Finanzierungsvorschläge sind unterschiedlich: Sie reichen vom radikalen Umbau des Steuersystems bis hin zur Einführung einer Konsumsteuer. Es ist jedoch klar: Deutschland war noch nie so reich wie heute; es wird deshalb auf eine nachhaltige Umschichtung ankommen.“ 28) Und Jeremy Rifkin präzisiert diesen Gedanken: „90 Prozent der Regierungseinkommen weltweit stammen aus der Besteuerung von Arbeit und Kapital. Wir müssen viel stärker zur Besteuerung von natürlichen Ressourcen kommen. Warum sollen sich die Unternehmen einfach frei bedienen? Eine Besteuerung von Ressourcen würde sowohl zur Schonung der Umwelt führen wie zur Senkung von Unternehmensgewinnen. Die Steuereinnahmen könnten dann in den Nonprofitsektor fließen und dort Mehrbeschäftigung stimulieren.“ 29) Und dann stellt der weltweit geachtete Ökonomieprofessor, der einen nicht unbeträchtlichen Teil seiner Zeit damit verbringt, an Mahagonitischen mit nur halb zuhörenden Industriekapitänen und Wirtschaftsministern herumzusitzen, die ebenso provokante wie befreiende Frage: „Man könnte auch über etwas anderes nachdenken. Wenn Maschinen immer mehr Menschen ersetzen, warum sollte es in Zukunft nicht genau so eine Maschinensteuer geben, wie es heute Einkommenssteuer gibt?“ 30)

„Sanktionsbewehrtes“ Fallmanagement zur „Marktfähigmachung“ von arbeitslos gewordenen Individuen, die sich gegen diese staatlich autorisierte „Bewehrung“ nicht ernsthaft wehren können, wäre in einer solchen „Gesellschaft, die derart auf Kreativität und Selbstentfaltung

setzte“, kaum vorstellbar. Ausdrücklich verabschiedet Volker Koehnen im Vorgriff auf die kommende Generation alle diesbezüglichen „Zwangsmechanismen“ 31), und - so würde ich am Rande der Debatte als bescheidene Fußnote deshalb nur noch hinzufügen wollen - das jetzige Ministerium für Wirtschaft und Arbeit heiße in einer solchen Gesellschaft möglicherweise „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, individuelle und allgemeine Wohlfahrt“ oder das Ministerium für Arbeit nach der geplanten Trennung vom Wirtschaftsressort ganz nüchtern „Ministerium für Arbeit I und Arbeit II“.

Wir müssen es lernen, den Sektor der produktiven Arbeit, d. h. den Sektor der Mehrwertproduktion für den Markt, und den Sektor der unproduktiven Arbeit, d. h. den Sektor der bedürfnisorientierten Produktion für die Natur, die menschliche wie außermenschliche, in einem großen Zusammenhang zu sehen, ihre Unterschiede klar begreifen, ihre wechselseitigen Abhängigkeiten, Korrespondenzen und Korrelationen, auch ihr eigenartiges, unauflösbares Spannungsverhältnis, das nach Gesetzen des Komplementaritätsprinzips der exakten Naturwissenschaften zu wirken scheint. Einseitige Betrachtungsweisen oder gar der Versuch, den einen Arbeitssektor gegen den anderen „auszuspielen“, sind wenig hilfreich. In dieser neuen Polarität sich einzurichten, sie aktiv zu mitzugestalten, und zwar weltweit, gehört vermutlich zu den entscheidenden geistigen und politischen Herausforderungen unseres Zeitalters.

Und diese Herausforderung, um noch einmal die Besonderheiten der deutschen Situation anzusprechen, ergibt sich nicht zuletzt aus dem Erbe der Geschichte und den Lehren des Kampfes gegen das Terrorsystem des Nazismus. Das Haupt der politischen Anti-Nazi-Emigration, der Schriftsteller Thomas Mann, entwickelte im Jahre 1943, also fünf Jahre vor der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch das Plenum der Vollversammlung der Vereinten Nationen, „ein von allen anerkanntes Grundgesetz, eine magna charta des Menschenrechts“ 32), in der u. a. dem Individuum „sein Recht auf Arbeit und Lebensgenuss garantiert“ wird 33). Man beachte: nicht lediglich das Recht auf Arbeit, sondern das Recht auf Arbeit u n d Lebensgenuss. Eindeutig geschah diese Erweiterung in klarer Abgrenzung gegenüber einer wie auch immer sich gerierenden Arbeitsgesellschaft, die dem Gehorsamsprinzip und einer kollektivistischen Abstraktion von den Bedürfnissen der Individuen verpflichtet wäre, in klarer Abgrenzung also gegenüber jedweder Wiederkehr des Faschismus, in welcher Form er auch immer auftreten mag, und sei es auch plötzlich in einer neuen Variante eines gereinigten, nach außen hin relativ friedfertigen, nun nicht mehr braunen, sondern anders gefärbten Terrors des Sozialen. Die aktuellen Gefahren einer solchen Metamorphose des ursprünglichen Faschismus sollte man nicht verkennen. Auch diese spezielle Lehre gehört – wie Thomas Mann uns mit seiner Sozialcharta einschärfen will - zum höchst aktuellen Vermächtnis der geistigen und politischen Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus.

Allein: um den Übergang zu einer Gesellschaft jenseits der Dominanz der Lohnarbeiterverhältnisse des klassischen Industriekapitalismus zu vollziehen, ist vor allem ein Wandel in den Köpfen notwendig. Es ist das Verdienst des Sozialwissenschaftlers Wolfgang Engler, des Autors des streitbaren Buches „Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft“, auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht zu haben. Er schreibt: „Um mit dem Menschen, der seine Arbeit eingebüßt hat oder ins Berufsleben gar nicht erst hineinfindet, nicht auch den Bürger zu verlieren, der sich um seinesgleichen sorgt und kümmert, bedarf es einer gänzlichen Neuorientierung unserer kultureller Normen.“ 34) Mit dem beschriebenen Wandel in der materiellen Basis der Gesellschaft, der, um es noch einmal zu betonen, ein objektiver und vom Willen und Bewusstsein der Individuen völlig unabhängiger, gesetzmäßiger Prozess ist, muss sich ein Wandel im Überbau vollziehen,



wollen die alten Industriegesellschaften lebensfähig bleiben. Eine wahre Umwälzung des gesamten ideellen Überbaus der Gesellschaft, vermutlich Jahre und Jahrzehnte andauernd, steht uns ganz offensichtlich bevor: eine Umwälzung der Lehrmeinungen der Akademien, der Glaubenssätze der religiösen Gemeinschaften, des Vokabulars der Parlamente, Kongresse und Gerichtssäle, der geoffenbarten wie chiffrierten Informationen und Botschaften der kulturellen Institutionen. Und die Patronalisierung der Arbeitslosen, wäre diesbezüglich unbedingt anzumerken, wie sie sich durch all Ihre Texte wie ein roter Faden zieht, würde im Zuge dieser Umwälzung Schritt für Schritt überwunden werden – ein Zeichen von erweiterter Demokratie.

Die Unsicherheit im Deuten dieser Übergangssituation ist beträchtlich und betrifft jeden einzelnen von uns.

Um es an einer exemplarischen Geschichte eines konkreten Menschen deutlich zu machen: Frau K. ist zweiundfünfzig Jahre alt. Sie ist Diplom-Designerin mit zahlreichen Zusatzqualifikationen. Sie ist erwerbslos. Schon monatelang. Doch sie ist voller Tatendrang. Sie will arbeiten, möglichst in ihrem Beruf, aber sie findet keine neue Stelle. Sie ist verzweifelt, denn sie fühlt sich zur Untätigkeit verurteilt, ausgegliedert aus dem gesellschaftlichen Ganzen. Da sind die neuen Arbeitslosengesetze, die doch eigentlich Besserung ihrer Lage versprechen, aber die wie zum Hohn, als wäre nichts geschehen, noch immer stolz den regierungsamtlich beglaubigten Namen eines landesweit bekannten und inzwischen wegen Korruptionsverdacht zurückgetretenen Managers tragen. Sie steht unter keinem Korruptionsverdacht. Sie ist eine rechtschaffene Person und sucht Arbeit, und sie verfügt auch nicht über politische Macht und finanzielle Mittel, jene unerlaubt auszuweiten. Das einzige, worüber sie verfügt, ist ihre hohe berufliche Qualifikation. Und ihr Ideal: ein Leben in Würde und mit einem Gefühl, das wichtiger ist als Geld, nämlich mit dem Gefühl, irgendwie dazuzugehören mit dem, was man einzubringen hätte. Zunächst traut sie der angekündigten Wirkung der neuen Gesetze. Warum sollte sie misstrauisch sein, vorurteilsfrei wie sie ist und seit eh und je gelebt hat. Vertrauensvoll wendet sie sich daher an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des für sie zuständigen Arbeitsamtes: an Arbeitsberater, an Arbeitsvermittler, an Fallmanager, an Sachbearbeiter von konkreten Anfragen suchender Arbeitsloser. Aber statt der versprochenen Hilfe erlebt sie genau das Gegenteil: ein Umherirren im undurchdringlichen Dickicht der Arbeitslosenverwaltung. Niemand auf ihrem Arbeitsamt zeigt sich für ihr Problem verantwortlich. Zuständig. In die Pflicht genommen. Interessiert. Was sie erlebt, lässt sich mit einem einzigen Wort zusammenfassen: Abweisung. Etliche Tage erlebt sie diese. Wochen. Monate. Das Dickicht, so fühlt sie es, wird immer anonym, immer machtvollkommener, immer feindlicher. Aber es gibt nach wie vor konkrete Ansprechpersonen mit konkreten Namen auf dem konkreten Amt. Und es gibt nach wie vor keine außerirdische Macht. Und es gibt nach wie vor keinen sogenannten Feind. Es ist nur dieses diffuse, immer stärker von ihr Besitz ergreifende Gefühl, dass ihr Grundbedürfnis, ihre Fähigkeiten zu eigenem Nutzen und zum Nutzen der Gesellschaft anzuwenden, das Flehen ihrer Persönlichkeit, ins Leere geht. Keine Annahme erfährt. Keine Achtung. Keine amtliche Existenz. Lediglich als ordnungsgemäßer Aktenvermerk. Rubrik 'Vorsprache von Frau K'. Sie findet keine Erklärung für das Verhalten ihres Gegenübers, sie fühlt nur eins: dieses Gegenüber schreibt sie ab. Wie man bei einem Geschäft einen Verlust abschreibt. Und fein säuberlich einträgt. Ihn gleichgültig gewähren lässt als sprachlosen Posten der Vergangenheit. Und sie? Sie fühlt den Boden unter sich wanken. Sie ist kein Posten. Sie ist kein Eintrag. Sie ist keine Summe immer wiederkehrender Schreibakte. Sie hat nichts verbrochen. Sie hat gelebt. Sie hat studiert. Sie hat gearbeitet. Sie hat sich weitergebildet. Sie ist wer. Sie lebt. Im kleinsten Kreise versucht sie sich Klarheit über ihre hoffnungslose Lage zu verschaffen. Ehemalige Arbeitskollegen, Freunde, Familienangehörige und

Leidensgenossen hören ihr aufmerksam zu. Dann geht sie mit ihrem „Fall“ an die Öffentlichkeit. Mirjam, so heißt sie, Mirjam Kracht schlägt die Pauke, wie Mirjam vor mehr als dreitausenddreihundert Jahren, die ältere Schwester von Moses und Aaron, einst die Pauke schlug am Schilfmeer, im Sumpf, als seherische Frau, die keine anderen Autoritäten anerkannte als die Wahrheit und deswegen sogar mit Moses, dem Hirten des fliehenden Volkes, heftig aneinandergeriet. Der Berliner „Tagesspiegel“ ist es, der ihr die Pauke leiht. Drei schwere Wörter schreit sie aus sich heraus, rammt sie gleichsam wie schwere Pfähle in den morastigen Boden der unerbittlichen Tatsachen der Arbeitsamtrealität: „Ausgrenzung, Diffamierung und Diskriminierung.“ 35) Und dann, als sie fertiggetrommelt hat, wird sie ganz still, hält sie inne, lauscht sie in sich hinein. Und dann stellt sie eine einzige Frage. Eine geistesgegenwärtige, ganz einfache, fast kindliche, ihre gesamten im Streit mit der Arbeitslosenbürokratie bisher erlittenen Niederlagen gleichsam auf einen einzigen Punkt zurückführende Frage: „Wer sind diese Ämter und Institutionen, für die meine Zeit keinen Wert hat?“ 36) Und dann mit zwingender Konsequenz gleich die nächste Frage hinterher: „Wenn meine Zeit aber keinen Wert hat, welchen Wert habe dann ich als Person, als arbeitsfähige und arbeitswilliges Mitglied dieser Gesellschaft?“ 37)

Die Antwort darauf ist bereits in der Frage, und zwar voll ausgebildet, enthalten.

Natürlich keinen Wert für die Gesellschaft, solange die Gesellschaft als Abstraktum gefasst wird, also als System, einschließlich ihres Subsystems ‚bürokratische Verwaltung arbeitslos gewordener Menschen‘. Wohl aber einen Wert für die Gesellschaft, sobald die Gesellschaft als Konkretum gefasst wird, nämlich als unaufhörliche Attraktion und Repulsion selbstbestimmter Individuen, die alle über einen oder mehrere konkrete Werte verfügen.

Betrachtet man diese Situation, so stellt sich einem die Gesellschaft sofort dar als einzigartige Möglichkeit eines Austauschs gleichberechtigter Tauschpartner, die über unterschiedliche Werte, sprich Talente, Fähigkeiten und Arbeitserfahrungen, verfügen und diese nun zum Tausch und gegenseitigen Vorteil anbieten können. Und was wäre die Währung bei dieser Art von Tausch? Doch nicht wieder das Geld? Mitnichten, sondern das, was die Trommlerin und Fragestellerin so kühn wie beharrlich aus der Reflexion ihres Leidensweges herausdestilliert hat: die Zeit. „Meine Zeit“, sagt sie selbstbewusst. Die Zeit? Ja, jedoch nicht wieder auf Messbasis eines vorgegebenen Marktwertes bestimmter Arbeitskraft, die innerhalb bestimmter Zeit angewendet werden kann, von anderen, nein, sondern einzig und allein die zur Verfügung stehende freie Zeit, und diese Art von Tauschtransaktion – und das ist das Revolutionäre! - findet bereits statt, ist bereits realexistierendes gesellschaftliches Verhältnis. Dazu der bereits zitierte Ökonom Jeremy Rifkin: „In meinem Land gibt es 250 Zeitdollar-Projekte. Es handelt sich dabei um eine Parallelwährung, die ganz auf der Zeit basiert. Für jede Stunde Arbeit erhält man einen Zeitdollar, für den man wiederum Waren und Dienstleistungen kaufen kann. Die Idee dahinter ist, daß in einer sozialen Gemeinschaft jenseits von Gewinnmaximierung die Zeit eines jeden von uns gleich wertvoll ist – sei er nun Arzt, Müllmann oder Taxifahrer.“ 38) Und dazu der antizipierende Marx: „Macht das bürgerliche Austauschsystem selbst nicht ein spezifisches Austauschinstrument nötig?“ 39) Um dann das allmähliche Verlassen dieses Austauschsystems auf Grund der Tatsache, dass der Wert einer Ware in einer Hochtechnologiegesellschaft gegen null strebt, zu antizipieren: „In fact aber, wenn die bornierte bürgerliche Form abgestreift wird, was ist der Reichtum anders, als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen? Die volle Entwicklung der menschlichen Herrschaft über die Naturkräfte, die der sogenannten Natur sowohl, wie seiner eigenen Natur? Das absolute Herausarbeiten seiner schöpferischen Anlagen, ohne andre Voraussetzung als die vorhergegangne historische Entwicklung, die diese Totalität der Entwicklung, d. h. der

Entwicklung aller menschlichen Kräfte als solcher, nicht gemessen an einem v o r g e b e n e n Maßstab, zum Selbstzweck macht? Wo er sich nicht reproduziert in einer Bestimmtheit, sondern seine Totalität produziert? Nicht irgend etwas Gewordenes zu bleiben sucht, sondern in der absoluten Bewegung des Werdens ist?“ 40)

Auf die Kurzform gebracht: wir brauchen höchstwahrscheinlich – und dies wäre e i n e von vielen Schlussfolgerungen aus der bisher geführten Diskussion über das Thema ‚Arbeit‘ – die Einführung des Zeiteuros. Aber nicht per Regierungserlass, und schon gar nicht per Erlass der Bundesagentur für Arbeit, schon deswegen nicht ausgerechnet durch diese, weil die neue, autoritaristische und von machtvollen Massenprotesten der Arbeitslosen begleitete Arbeitslosengesetzgebung samt dem „sanktionsbewehrten“ Fallmanagement auf den bereits erwähnten Manager zurückgeht, der alles getan hat, aber auch alles, damit Lebensgenuss, Bedürfnisbefriedigung, Zufriedenheit, selbstbestimmtes Streben nach Belohnung und Lust 41) aus dem Dasein der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden, einschließlich aus dem der Arbeitsamtmitarbeiter, die im Interesse der Arbeitslosen Widerstand gewagt haben, für immer verschwinden. Es ist ein tragischer Witz von geradezu homerischem Ausmaß, dass die Lust, die dieser Manager den Arbeitslosen und Arbeitssuchenden auf so gründliche Weise auszutreiben suchte, und zwar im Namen des angeblich guten Endzwecks „Zurück ins Beschäftigungssystem!“, dass also die Lust nunmehr solchen vereinfachenden Gesellschaftsformeln zum Trotz zurückkehrt, gnadenlos, wie ein Bumerang, und zwar – was für eine Pointe! - zuerst zu ihm, dem Urheber der Lustbekämpfung, und dies nicht privat, sondern vor den Augen der Öffentlichkeit, und nicht irgendeine Art von Lust, nein, diese bestimmte, ja die, die nun rächend in sein Bett fährt und dort einschlägt wie ein Blitz 42) und mit diesem Blitzschlag seinen vorgeblich unaufhaltsamen Aufstieg als Reformgott der Bundesrepublik Deutschland jäh beendet. Voilà!

Nein, nein, die Einführung des Zeiteuros könnte einzig und allein nur als Ergebnis einer oder mehrerer Initiativen von Individuen, die sich zueinander frei und solidarisch verhalten, eingeführt werden, gleichgültig, ob diese Individuen im Profitsektor tätig sind oder nicht. Allerdings nicht gleich wieder als unkritisierbares Patentrezept, sondern als einer von vielen möglichen schöpferischen Impulsen, die vom Volk ausgehen, vom Demos, und die sich in der Praxis erst zu bewähren haben. Dazu wäre unbedingt auch der oben bereits vorgestellte Vorschlag zur Einführung eines für alle Bürger des Staates zur Verfügung gestellten Existenzgeldes zu zählen. Beide Überlegungen – sowohl die Einführung des Existenzgeldes als auch die des Zeiteuros – stehen sozusagen ganz oben auf der Agenda der Bundesrepublik - zum Greifen nah! - auch wenn dies noch nicht so weithin sichtbar geworden ist. 43) Es wäre Aufgabe von wahrhaft demokratischen Reformen eines demokratisch verfassten Staates, diese und ähnliche vorwärtsweisenden Initiativen des Demos zu unterstützen, zu fördern, zu begleiten und sie, wo nötig, mit den rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen zu versehen, damit sie sich ungehindert zum Wohle aller Mitglieder der Gesellschaft entfalten können.

Sehr geehrter Herr Göckler, mit Bedacht schreibe ich diesen ergänzenden Beitrag zur Fallmanagement-Debatte heute, am 14. Juli, dem Jahrestag der Großen Französischen Revolution des Jahres 1789. Diese Revolution legte auch das Fundament für die Herausbildung der deutschen Demokratie, und die Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers, beschlossen von der Nationalversammlung in den Sitzungen vom 20., 21., 23., 24., und 26. August 1789, war auch das Vorbild für die Ausarbeitung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Ganz sicher mit Ihnen in völliger Übereinstimmung über den Auftrag, der uns aus dieser Geburtsstunde der Demokratie auf dem europäischen Festland erwächst, sollten wir die begonnene Fallmanagement-Debatte verantwortungsbewusst und schöpferisch weiterführen. Wir - Sie, ich und die anderen Diskutanten – haben durch LabourNet Germany die einzigartige Möglichkeit erhalten, jenseits von Zensur, Selbstzensur und Medienprofilierung das Thema ‚Arbeit‘ unvoreingenommen zu diskutieren. Zunächst begann dies als Analyse der Herrschaftssprache, wie ich sie in meinem Beitrag „Zur Sprache der vollständigen Okkupation des Individuums. Die Bundesagentur für Arbeit und die Produktion ‚marktfähiger‘ Individuen“ vorgenommen habe. Dies ist aber nur die eine Seite der Medaille. Darüber hinaus ist die Entwurfsarbeit unerlässlich.

Voraussetzung dafür allerdings ist eine neue Art und Weise des Herangehens an den Zusammenhang von Ökonomik und Ethik, die über den von Ihnen geäußerten Wunsch nach Versöhnung zwischen diesen beiden von Ihnen antagonistisch positionierten Welten 44) hinausweist. Es geht nämlich, um einen theoretischen Terminus des Autors des Buches „Der entzauberte Markt. Eine wirtschaftsethische Orientierung“ Prof. Dr. Peter Ulrich aufzunehmen, um eine „integrative Wirtschaftsethik“, die Ihrem stillschweigend angenommenen Postulat einer Zwei-Welten-Auffassung 45) längst entwachsen ist. „Wir verstehen darunter“, expliziert Prof. Dr. Ulrich diesen Begriff, „eine Wirtschaftsethik, die der ökonomischen Sachlogik (in Theorie und Praxis) ethische Ansprüche weder bloß als ein ihr äußeres Korrektiv entgegenhält, noch die Ethik selbst zur Moralökonomik instrumentalisiert, sondern das Normative allererst in den ökonomischen Kategorien und Denkmustern sucht und kritischer Reflexion zugänglich macht. Damit wird die für die heutige Problemlage symptomatische ‚Zwei-Welten-Konzeption‘ von ‚wertfreier‘ ökonomischer Rationalität und ‚außerökonomischer‘ (oder gar ‚arationaler‘ ) Moralität im Ansatz durchbrochen.“ 46)

Ich bin zuversichtlich, dass die von uns eröffnete Fallmanagement-Debatte einen nicht unwesentlichen Beitrag zum europaweit geführten Diskurs über den Fragenkomplex ‚produktive Arbeit - Revolutionierung der Produktivkräfte - unproduktive Arbeit‘ leisten wird. Die von Prof. Dr. Peter Ulrich geforderte harte Arbeit am Begriff ist natürlich dafür eine der unabdingbaren Voraussetzungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Dr. Antonín Dick

#### Quellenverzeichnis und Anmerkungen:

- 1) Rainer Göckler: Schreiben vom 01. 07. 2005 an die Redaktion von LabourNet. in: LabourNet, Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch, Germany 2005, Seite 3
- 2) Rainer Göckler: Fachkonzept „Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement im SGB II“, LabourNet, ebenda. Antonín Dick: Zur Sprache der vollständigen Okkupation

des Individuums. Die Bundesagentur für Arbeit und die Produktion „marktfähiger“ Individuen, LabourNet, ebenda

- 3) Antonín Dick: Schreiben vom 26. 06. 2005 an Rainer Göckler, LabourNet, ebenda, Seite 3
- 4) Karl Marx: Theorien über den Mehrwert. Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Berlin 1965, Band 26, Erster Teil, Seite 377
- 5) Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. Berlin 1946, Seite 14
- 6) Karl Marx, ebenda, Seite 15
- 7) Rainer Göckler: Fachkonzept „Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement im SGB II“, ebenda, Seite 21
- 8) Peter Ackermann / Angelika Kretschmer (Hrsg.): Die vier Jahreszeiten. Gedichte aus dem Kokin Wakashu, Frankfurt am Main und Leipzig 2000, Seite 132. Man beachte auch dazu folgende Anmerkung der Übersetzer auf Seite 224: „Für ‚nehmen‘ steht im Original ‚brechen‘ (oru), d. h. ‚den Zweig mit den taubesetzten Hagi-Blüten ‚brechen‘.“ Das Wort „brechen“ drückt noch stärker die hier besprochene dramatische Situation des Brechens der Persönlichkeit eines Individuums aus.
- 9) George Caspar Homans: Elementarformen sozialen Verhaltens, Opladen 1972, Seite 83
- 10) Georges-Arthur Goldschmidt: Der bestrafte Narziss, Zürich 1994, Seite 41
- 11) Ingolf Hübner: Menschenbilder und diakonisches Handeln – Bericht einer Tagung. Homo oeconomicus und Menschenbild der Diakonie, Informationen und Materialien aus dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. , Heft 02/ 04, Seite 5
- 12) Rainer Göckler: Schreiben vom 15. 06. 2005 an die Redaktion von LabourNet, ebenda, Seite 3
- 13) Frankfurter Rundschau, 30. 06. 2005, Seite 3
- 14) Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1953, Seite 593
- 15) Andreas Suchanek: Homo oeconomicus – Ein Denkmodell mit Chancen und Grenzen. Homo oeconomicus und Menschenbild der Diakonie, Informationen und Materialien aus dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. , ebenda, Seite 9
- 16) Claus Offe: Perspektivloses Zappeln oder Politik mit der Agenda 2010, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/ 2003
- 17) Johannes Beisiegel (Interview): „Clement hat auf der ganzen Linie versagt“, Junge Welt, 28. 06. 2005, Seite 8

- 18) Regierung der Bundesrepublik Deutschland: Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, Bundespresseamt, Berlin 2001
- 19) Tagesspiegel, 13. 02. 2005, Seite 16
- 20) Peter Nowak: Die etwas andere Geschichtsstunde. Schüler der Marie-Curie-Oberschule nähern sich im Theater-Workshop der NS-Zeit an, Jugendkultur, Heft 2/ 2001, Seite 25
- 21) Direkte Aktion, Juli / August 2003, Seite 4
- 22) Bundesinnenministerium: Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2004, Bundespresseamt, ebenda
- 23) Jeremy Rifkin (Interview): „Langfristig wird die Arbeit verschwinden“, Stuttgarter Zeitung vom 02. 05. 2005, Seite 1
- 24) Jeremy Rifkin, ebenda, Seite 1
- 25) Jeremy Rifkin, ebenda, Seite 1
- 26) Volker Koehnen: Eine Gefahr für die Demokratie. Keine Reform geht tief genug – notwendig wäre die Umgestaltung des Sozialstaates jenseits der Erwerbsarbeit, Frankfurter Rundschau, 21. 06. 2005, Seite 8
- 27) Volker Koehnen: Ende des Arbeitszwangs. Gefahr für die Demokratie - ein neues gesellschaftliches Leitbild jenseits der Erwerbstätigkeit schafft Abhilfe, Frankfurter Rundschau, 01. 07. 2005, Seite 4
- 28) Volker Koehnen, ebenda
- 29) Jeremy Rifkin, ebenda
- 30) Jeremy Rifkin, ebenda
- 31) Volker Kohnen: Eine Gefahr für die Demokratie. Keine Reform geht tief genug – notwendig wäre die Umgestaltung des Sozialstaates jenseits der Erwerbsarbeit, ebenda, Seite 8
- 32) Thomas Mann: Schicksal und Aufgabe, Thomas Mann, Essays, Frankfurt am Main 1996, Band 5, Seite 237
- 33) Thomas Mann: Schicksal und Aufgabe, ebenda
- 34) Wolfgang Engler: Die Entmündigung des Bürgers. Ohne Arbeit und mit zu wenig Geld ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben kaum möglich, Berliner Zeitung, 19. / 20. 02. 2005, Magazin, Seite 2
- 35) Mirjam Kracht, Tagesspiegel, 03. 07. 2005, Seite 16

- 36) Mirjam Kracht, ebenda
- 37) Mirjam Kracht, ebenda
- 38) Jeremy Rifkin, ebenda
- 39) Jeremy Rifkin, ebenda
- 40) Karl Marx: Grundrisse der politischen Ökonomie, ebenda, Seite 387
- 41) Antonín Dick: Schreiben vom 26. 06. 2005 an Rainer Göckler, LabourNet, ebenda, Seite 3. Vergleiche dazu folgende Passage der Kritik an dem von Rainer Göckler verfassten Fachkonzept „Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement im SGB II“, die der Frage der Bedürfnisbefriedigung gewidmet ist: „Während ich in meinem Text von der Existenz des Individuums ausgehe, von seinem natürlichen Lebensrecht, so wie es ihm vom Anbeginn seines Eintritts in die Existenz zusteht, übrigens auch nach Artikel 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, so abstrahieren Sie in Ihrem Text weitestgehend vom real existierenden Individuum, denn das real existierende Individuum zeichnet sich primär durch seine Bedürfnisse aus, sehr geehrter Herr Göckler, durch seine körperlichen, seelischen, geistigen, religiösen, politischen und sonstigen Bedürfnisse, die es zu befriedigen sucht, in der Arbeit, im Genießen, in der Gesellschaft, in der gesamten komplex angelegten menschlichen Lebenstätigkeit, doch der Bedürfnisbegriff, einer der zentralen Begriffe der Sozialwissenschaften, kommt in Ihrem sozialwissenschaftlich untermauerten Text überhaupt nicht vor. Es ist höchst aufschlussreich und spricht Bände: nur ein einziges Mal (!) innerhalb Ihres immerhin 47 Seiten umfassenden Textes stoßen Sie zu der Erkenntnis vor, dass das Individuum möglicherweise auch ‚eigenen Vorstellungen, Wünschen, Zielperspektiven‘ gehorchen könnte. Dagegen wird in Ihrem Text dem Sanktionsmechanismus ein überragender Platz eingeräumt: insgesamt zwölfmal (!) – also im Durchschnitt alle vier Seiten - wird er dem Individuum entgegengesetzt, und das massiv, sprachlich manchmal mehr oder weniger geschickt kaschiert, aber doch deutlich und unüberhörbar, sei es als ‚Sanktionsgewalt‘, als ‚Sanktionsbewehrung‘ oder als Androhung ‚rechtlicher Folgen bei Nichtbeteiligung‘. Der soziologisch relevante Begriff der Zufriedenheit jedoch kommt Ihnen erst gar nicht über die Lippen.“
- 42) Joachim Wille: Oh, Peter. Frankfurter Rundschau, 11. 07. 2005. Der Blitz ist eine Liebesarbeiterin aus Brasilien: „ ‚Oh, das ist mein Peter‘. Deutschlands größtes Boulevardblatt lässt Joselia R. ( ‚schlank, 1,62, Maße 86-62-88‘) sprechen, der ihre Reporter, so steht es dort, gerade das Photo von Peter Hartz unter die Nase gehalten haben. R., das ‚Liebesmädchen‘, vulgo: Prostituierte, soll Hartz, dem Noch-VW-Personalvorstand, seit 2003, von einem Angestellten des Konzerns mehrfach ‚zugeführt‘ worden sein, sogar per Jet bis nach Sao Paulo.“ Vergleiche dazu auch Tagesspiegel, 10. 07. 2005, Seite 22
- 43) Berliner Kurier, 12. 07. 2005, Seite 1 und 2. Die Zeitung titelt kritisch: „Durchgeknallte Behörde erklärt Miguel (6 Wochen) zu Deutschlands erstem Hartz-Baby“. Auf Seite 2 wird in dem Bericht „Er ist Deutschlands jüngster Hartz-Empfänger“ das Schreiben der Bundesagentur für Arbeit in Bergisch-Gladbach an den kleinen Erdenbürger zitiert: „Sehr geehrter Herr Fischer, nach den mir vorliegenden Unterlagen beziehen Sie Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II). Um den gesetzlichen Voraussetzungen gerecht zu werden, benötigen wir von Ihnen eine Reihe von Angaben. Bitte geben Sie deshalb den ausgefüllten Anmeldebogen bei uns bis zum 14. 08. 2005 in der Zeit von 8-12 Uhr in der

2. Etage persönlich ab. Gezeichnet: Frau G.“ Der Vorgang, dass ein Neugeborenes Arbeitslosengeld nach der neuen Arbeitslosengesetzgebung erhält, wird in dem Bericht als „peinliche Panne“ gegeißelt. Dabei sagt sich in diesem wundersamen Irrtum bereits die Zukunft an, in der alle Bürger des Staates von Geburt an ein ausreichendes Existenzgeld erhalten werden. Fast alle große Entdeckung und Erfindung nahm bisher ihren Weg über Irrtümer, Missverständnisse und Fehler (man denke beispielsweise nur an die Entdeckung Amerikas oder die Erfindung des Penicillins) – so auch die Einführung des Existenzgeldes (natürlich nicht zu der Gnadenbrotration von ALG II) für alle Bürger des Staates. Das Versehen des Arbeitsamtes von Bergisch-Gladbach ist in Wahrheit also ein unbewusster, kühner Vorgriff auf die Zukunft.

44) Rainer Göckler: Schreiben vom 01. 07. 2005 an die Redaktion von LabourNet, LabourNet, ebenda, Seite 3

45) Rainer Göckler: Schreiben vom 01. 07. 2005 an die Redaktion von LabourNet, LabourNet, ebenda, Seite 2

46) Peter Ulrich. Materialien des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität Sankt Gallen. Sankt Gallen 2005